

Zeitwort

14.08.1952:

Das Lastenausgleichsgesetz tritt in Kraft

Von Michael Marek

Sendung vom: 14.08.2025

Redaktion: Susanne Schmaltz

Produktion: SWR 2025

Zeitwort können Sie auch im **Webradio** unter [swrkultur.de](https://www.swr.de/swrkultur.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören – oder als **Podcast** nachhören:

<https://www.swr.de/swrkultur/programm/podcast-zeitwort-100.html>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR Kultur App für Android und iOS

Hören Sie das Programm von SWR Kultur, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR Kultur App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: <https://www.swr.de/swrkultur/swrkultur-radioapp-100.html>

Musik: Detlev Lais "Es wird ja alles wieder gut"

Autor:

Am 14. August 1952 tritt das sogenannte Lastenausgleichsgesetz in Kraft, das der Deutsche Bundestag zuvor verabschiedet hatte. Peter Paul Nahm war damals Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium:

O-Ton von Peter Paul Nahm:

„Gerade im Rückblick halte ich das Lastenausgleichsgesetz für unentbehrlich. In dem Augenblick, und das haben auch die Alliierten gebilligt mit dem Soforthilfegesetz, als diese Fürsorgeleistungen aus dem Fonds übernommen wurden, waren die Vertriebenen, die ohne Vermögen, ohne Arbeit, ohne Einnahme waren, nicht mehr Geldnehmer, sondern Geldbringer in den Gemeinden. Das war ein entscheidender psychologischer Moment und hat sehr Vielen den Anschluss an unser Wirtschaftsleben möglich gemacht!“

Autor:

Ein milliardenschweres Sozialprogramm für Millionen Kriegsoffer, für Ausgebombte, vor allem aber für Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der sogenannten sowjetischen Besatzungszone – so lässt sich das Lastenausgleichsgesetz charakterisieren. Entschädigungen gab es für verlorenen Hausrat, zurückgelassene Sparguthaben oder für den individuellen Existenzaufbau. Entscheidend aber war die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Alte Menschen und Erwerbsunfähige, die keinen Vermögensverlust nachweisen konnten, erhielten eine Kriegsschadensrente. Gerd Bucerius war damals CDU-Abgeordneter und Ausschussvorsitzender für den Lastenausgleich:

O-Ton von Gerd Bucerius:

„Die erste Frage, die zu entscheiden war, welche Formen nimmt der Lastenausgleich an. Es war klar, dass wir den Geschädigten nicht den vollen Schaden ersetzen konnten, auch bei größerer Bereitschaft nicht. Es war ferner sehr schnell klar, dass wir außer der Kapitalentschädigung zu den laufenden Lebenshaltungskosten beitragen müssen.“

Autor:

Fast vergessen sind heute die heftigen Diskussionen darüber, wie der Lastenausgleich zu gestalten sei - begleitet von lautstarken Demonstrationen der Vertriebenenverbände in vielen deutschen Großstädten. Die SPD forderte, der Lastenausgleich solle sich an der Bedürftigkeit der Geschädigten orientieren und nicht an der Höhe des früheren Vermögens. Dagegen forderten CDU und Vertriebenenverbände, die ehemalige Besitz- und Vermögensstruktur – wenn auch auf niedrigerem Niveau - wiederherzustellen. Aber beiden Positionen war gemeinsam, dass der Lastenausgleich in erster Linie als Finanzproblem diskutiert wurde. Und das mitunter in einem Sprachgebrauch, der aus der NS-Zeit stammte, wie bei Hans Neuhoff, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen:

O-Ton von Hans Neuhoff:

„Selbstverständlich ist der ganze Lastenausgleich weitgehend ein Finanzproblem. Es ist die Frage, inwieweit die Volksgemeinschaft für die unverschuldet durch den Krieg in Not geratenen Bevölkerungsteile Geld hergeben will. Wir sind der Auffassung, dass ihnen ein Anspruch zusteht – angemessen für die durch den Krieg eingetretenen Verluste entschädigt zu werden. Zum Beispiel eine einigermaßen sorgenfreie Altersversorgung zu haben.“

Autor:

Bundeskanzler Konrad Adenauer brauchte die Unterstützung der Vertriebenen und ihrer Verbände im Bundestag - nicht nur, weil Anfang der 1950er-Jahre über die Westverträge abgestimmt wurde. Ein rascher Erfolg beim Lastenausgleich war auch deshalb politisch geboten, um Radikalisierungstendenzen unter den Vertriebenen entgegenzuwirken.

O-Ton von Konrad Adenauer:

„Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.“

Autor:

Am 16. Mai 1952 wurde das Lastenausgleichsgesetz im Bundestag verabschiedet – gegen die Stimmen von SPD und KPD. Bis zur Einführung des Euro im Jahr 2002 flossen rund 127 Milliarden D-Mark an Bedürftige.